



**II-3742 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode**

REPUBLIK ÖSTERREICH
DER BUNDESMINISTER FÜR
ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR
DIPL.-ING. DR. RUDOLF STREICHER

A-1030 Wien, Radetzkystraße 2
Tel. (0222) 73 75 07
Fernschreib-Nr. 111800
DVR: 0090204

Zl. 5906/6-Info-88

1593 IAB

1988 -04- 14

ANFRAGEBEANTWORTUNG

zu 1602 IJ

betreffend die schriftliche Anfrage der
Abg. Srb und Genossen vom 19. Februar
1988, Nr. 1602/J-NR/88, "Errichtung von
behindertengerechten öffentlichen Fern-
sprechzellen"

Ihre Fragen darf ich wie folgt beantworten:

Zu Frage 1:

Derzeit gibt es in Österreich 176 behindertengerechte Fern-
sprechzellen (Aluminiumfernsprechzelle ohne Tür).

Darüberhinaus wurden auch Münzfernsprechapparate bei Be-
hörden, Bahnhöfen, und U-Bahnstationen, Spitälern, Pensio-
nistenheimen, Rehabilitationszentren etc. so montiert, daß
sie insbesondere von Rollstuhlfahrern leicht bedient werden
können.

Zu Frage 2:

Insgesamt gibt es in Österreich ca. 12.300 Fernsprechzellen
in Stahlglas bzw. Aluminiumausführung, in denen Münzfern-
sprechapparate bzw. Wertkartentelefone montiert sind.
Neben diesen öffentlichen Fernsprechzellen gibt es noch ca.
3.300 öffentliche Münzfernsprechapparate bzw. Wertkarten-
telefone, die in Sonderfernsprechzellen (z.B. Bahnhöfen, U-
Bahnstationen, Flughäfen, Bundesheerkasernen, Spitälern etc.)
untergebracht sind.

Außerdem sind noch ca. 6.600 Münzfernsprechapparate bzw.
Wertkartentelefone bei Privaten vorhanden (z.B. Schulen,
Universitäten, Studentenheimen, Behindertenvereinen, Lebens-
hilfevereinen, Sportstätten, etc.).

- 2 -

Insgesamt werden von der Post- und Telegraphenverwaltung somit ca. 22.000 öffentliche Münzfernsprechapparate bzw. Wertkartentelefone betrieben.

Zu Frage 3:

Ein Verzeichnis über die Standorte der behindertengerechten Fernsprechzellen ist dieser Anfragebeantwortung ange-schlossen.

Zu Frage 4:

Mit der Errichtung von behindertengerechten Fernsprechzellen wurde im Jahre 1981 begonnen.

Zu Frage 5:

Die Standortfestlegung für Fernsprechzellen liegt nicht in der alleinigen Entscheidungsbefugnis der Post, da die Zustimmung der örtlichen Baubehörde für die Errichtung erforderlich ist.

Weiters können behindertengerechte Fernsprechzellen aufgrund ihrer Größe sowie der bei nicht ebenem Gelände erforderlichen Auffahrtsrampen nicht überall bzw. nicht immer an jenen Standorten errichtet werden, wo dies zweckmäßig wäre. Außerdem sind die Apparate in diesen Fernsprechzellen durch die besondere Konstruktion der Zellen (ohne Türe) stärker der Witterung ausgesetzt, wodurch zwangsläufig die Standortauswahl eingeschränkt wird.

Zu Frage 6:

Ich habe die Post- und Telegraphenverwaltung bereits angewiesen, einen Teil (ca. 7 %) der jährlich neu zu errichtenden Fernsprechzellen, das sind 30 bis 40 Fernsprechzellen pro Jahr, in behindertengerechter Ausführung zu installieren.

Die Auswahl der Standorte erfolgt in der Regel im Einvernehmen mit den Sozialreferaten der Landesregierungen bzw. der Gemeinden sowie mit der ARGE Rehabilitation. Außerdem ist die

- 3 -

Post- und Telegraphenverwaltung bemüht, Wünschen von privater Seite nach Errichtung behindertengerechter Fernsprechzellen möglichst zu entsprechen.

Zu Frage 7:

Der Generaldirektor der Post- und Telegraphenverwaltung hat mir zugesagt, daß ein Verzeichnis über die Standorte der behindertengerechten Fernsprechzellen bei allen Postämtern aufgelegt wird. Dieses Verzeichnis wird natürlich laufend auf den aktuellen Stand gehalten werden.

Darüberhinaus wird dieses Verzeichnis auch allen Interessenten zur Verfügung gestellt werden.

Zu Frage 8:

Die Standortliste wird bis Juni 1988 fertiggestellt sein.

Wien, am 13. April 1988

Der Bundesminister

